

Ressort: Finanzen

Grüne: Zuständigkeit für Rüstungsexporte ins Außenministerium verlagern

Berlin, 02.08.2014, 08:19 Uhr

GDN - Die Grünen haben einen Forderungskatalog zur Beschränkung von Rüstungsexporten vorgestellt. "Wir sollten die Ausfuhrkriterien, die unter Rot-Grün formuliert wurden, gesetzlich verankern", sagte Parteichefin Simone Peter der "Welt am Sonntag".

"Wir fordern ein Rüstungsexportkontrollgesetz." Außerdem solle die Zuständigkeit für Rüstungsexporte vom Wirtschaftsministerium ins Außenministerium verlagert werden. "Der Bundessicherheitsrat gehört abgeschafft, und die Ausfuhrgenehmigung sollte in den Händen des Bundeskabinetts liegen", sagte sie. Es dürfe für Waffenlieferungen auch keine Hermes-Bürgschaften mehr geben. Im Ergebnis gehe es darum, dass Deutschland deutlich weniger Waffen exportiere als in der Regierungszeit von Union und FDP. Peter stimmte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), der den Handel mit Waffen als "Geschäft mit dem Tod" bezeichnet hatte. Zugleich attackierte sie CSU-Chef Horst Seehofer, der vor den Folgen einer restriktiveren Genehmigungspraxis für die Rüstungsindustrie gewarnt hatte, scharf. Seehofer habe deutlich gemacht, dass er "eher der Rüstungslobby verpflichtet ist als den Menschenrechten und der Demokratie".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-38731/gruene-zustaendigkeit-fuer-ruestungsexporte-ins-aussenministerium-verlagern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619